

Kurzbericht

Kulturausschuss

(56. - öffentliche - Sitzung am 22. August 2025)

Tagesordnung:

1. a) **Entwurf eines Gesetzes zur Regelung der Nutzung mobiler digitaler Endgeräte an Schulen und zur Änderung des Niedersächsischen Schulgesetzes**
Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - [Drs. 19/7490](#)
- b) **Medienkompetenz stärken - digitale Verantwortung im Schulalltag etablieren**
Antrag der Fraktion der CDU - [Drs. 19/7493](#)

Der Ausschuss erörtert Verfahrensfragen. Er beschließt, den Gesetzentwurf unter a) sowie den Antrag unter b) zusammen mit dem Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen „Handys, Smartphones, Smartwatches - verlässliche Rahmen für die Mediennutzung für Schulen, Eltern, Kinder und Jugendliche erarbeiten“ in der [Drs. 19/7211](#) zu beraten. Hierzu hatte der Ausschuss bereits um eine Unterrichtung durch die Landesregierung gebeten. Diese soll nun gemeinsam für alle drei Beratungsgegenstände in einer der nächsten Sitzungen vorgenommen werden.

2. **Ergänzende Unterrichtung durch die Landesregierung zur Vorschulischen Sprachförderung für Kinder im letzten Jahr vor der Einschulung**

Der Ausschuss nimmt die Unterrichtung zusammen mit der Unterrichtung zu Tagesordnungspunkt 3 entgegen und führt darüber eine Aussprache.

3. **Sprache als Schlüssel zur Bildung von Anfang an stärken: Frühkindliche Sprachförderung neu denken!**
Antrag der Fraktion der CDU - [Drs. 19/6523](#)

Der Ausschuss nimmt eine Unterrichtung durch die Landesregierung - zusammen mit der Unterrichtung unter Tagesordnungspunkt 2 - entgegen und führt darüber eine Aussprache. Er bittet die Landesregierung für eine der nächsten Sitzungen um eine ergänzende mündliche Unterrichtung, insbesondere mit Blick auf die Aspekte, die den Zuständigkeitsbereich des Sozialministeriums betreffen.

4. **Lehrkräfteausbildung praktisch und vernetzt denken - Qualität stärken, Fachkräftemangel bekämpfen!**
Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 19/6807](#)

Der Ausschuss hatte in der 47. Sitzung am 25. April 2025 die Kommission zu Fragen der Migration und Teilhabe um eine Stellungnahme zu dem Beratungsgegenstand gebeten. Kommissionsmitglied Frau Seusing trägt ergänzend zu der schriftlichen Stellungnahme, die am 4. Juli übersandt wurde, als Berichterstatterin vor.

Der Ausschuss verständigt sich im Anschluss darauf, die Beratung in der für den 29. August 2025 vorgesehenen Sitzung fortzusetzen und gegebenenfalls abzuschließen.

5. **Planungssicherheit für Schulen und Schulträger - Organisation und Finanzierung des Ganztagsbetriebes verlässlich ausgestalten**

Antrag der Fraktion der CDU - [Drs. 19/7487](#)

Der Ausschuss bespricht Verfahrensfragen. Er bittet die Landesregierung um eine Unterrichtung zum aktuellen Sachstand in einer der nächsten Sitzungen.